



Europas kinderlose Politiker

✘ Die „Generation Kinderlos“ hat in Europa schleichend Einzug gehalten. Immer mehr Spitzenpolitiker und leider auch einige Leistungsträger sehen es nicht mehr als sonderlich erstrebenswert an, den „Fortbestand ihrer Art“ aufrechtzuerhalten. Nicht nur bei der angestammten deutschen Bevölkerung macht sich dieses Geburtendefizit negativ bemerkbar, sondern eben auch in weiten Teilen ihrer Politikerriege, vor allem bei jenen, die man tendenziell dem linken und grünen Spektrum zurechnen kann. Die Gründe hierfür mögen vielfältig sein, sicher ist in diesem Zusammenhang jedoch nur eines; niemals zuvor in der jüngeren deutschen Geschichte gab es solch eine fatale Entwicklung.

(Von Cantaloop)

Mag es bei den modernen akademischen „Karrieremenschen“ noch eine Art von Kalkül darstellen weitgehend ohne Nachkommen zu bleiben und dazu führen, dass deren Fertilität, falls überhaupt noch vorhanden, erst sehr viel später erkennbar wird. Die Generation 40-plus ist zumindest in den spärlichen Geburtenraten der Neuzeit deutlich präsenter, als dies noch wenige Jahre zuvor der Fall war. Immer weniger biodeutsche Kinder von immer älter werdenden Eltern – so lautet also der aktuelle Stand unserer derzeitigen Entwicklung.

Schaut man sich einmal die Vita von Regierungschefs der angrenzenden europäischen Länder genauer an so wird man einer ganz ähnlich auffälligen Ausformung gewahr.



Der ausschließlich auf sich selbst fokussierte, hedonistisch geprägte „Machtmensch“ rückt auch in unserer näheren Euro-Nachbarschaft immer mehr in den wirkpolitischen Vordergrund. Ob dadurch eine besonders nachhaltige und vor allem eine langfristig erfolgreiche Politik gewährleistet werden kann, ist natürlich mehr als fraglich. Nach mir die Sintflut – dieser Aphorismus kennzeichnet die Lage deutlicher.

Sogenannte Patchworkfamilien und sonstige alternative Lebenskonzepte sind angesichts der derzeitigen Gegebenheiten deutlich auf dem Vormarsch. Sie bieten Raum für größtmögliche persönliche Entfaltung bei geringstmöglicher Verantwortung und maximalem Konsumverhalten. In der Alterskohorte bis 15 Jahre stellen demnach die autochthon-deutschen Kinder vielerorts schon eine Minderheit im eigenen Land dar. Sehr deutlich ist dies natürlich in westdeutschen Mittel- und Großstädten ausgeprägt. Mit traurigem Beispiel gehen hier wieder einmal die Städte Pforzheim und Offenbach voran, um diesen Trend signifikant zu bestätigen. Stichwort Geburten; der Name „Mohammed“ in all seinen Schreibweisen hat im gesamtdeutschen Namensranking schon lange unbemerkt eine Spitzenposition eingenommen und wird diese aller Voraussicht nach auch beibehalten.

Folgt man nämlich den Berechnungen des statistischen Bundesamtes und leitet die entsprechenden Folgerungen daraus ab, so sieht man sehr deutlich, wohin diese Art von deutscher „Kinderabstinenz“ führt. Nämlich mittelfristig zu einer Überrepräsentanz von „Einwandererkindern“ in der erwerbstätig relevantesten [Altersgruppe von 20-35](#) Jahren. Ob diese jedoch im gleichen Maße wertschöpferisch in Erscheinung treten wird, wie ihre Vorgängergenerationen, sei dahingestellt.

Dies alles wird zu so graduellen Verschiebungen in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung führen, dass wir es uns im Moment kaum vorstellen können. Der vielzitierte

demographische Wandel, der die angestammten Bürger aufgrund eigener Kinderlosigkeit eiskalt erwischt, ist zum Greifen nahe. Schon in wenigen Jahren werden die ursprünglichen Bewohner Deutschlands in ihrer eigenen Heimat keine tragende Rolle mehr spielen, sollte nicht ein komplettes und strukturiertes Umdenken stattfinden.

Immer mehr kinderlose Politiker als „Vorbilder“ für eine zwischenzeitlich zutiefst gespaltene und verunsicherte Bevölkerung der „schon länger hier Lebenden“, von denen sich nicht wenige mit Auswanderungsgedanken tragen. Was für ein trauriges Ende eines einst stolzen Kulturvolkes, die Agonie einer ganzen Nation. Das darf nicht sein!

Gleichwohl werden die Visionen der Frankfurter Schule, wie beispielsweise auch die Horkheimersche Forderung nach Familienauflösung aus Angst vor dem wiederkehrenden Faschismus nun Realität, nicht zuletzt dank zahlreicher Unterstützer derselben – bis hin in die höchsten Kreise und Ämter. Im Idealfall soll so eine „Bewohnerschaft“ als amorphe Masse von multiethnischen Hybrid-Menschen kreierte werden, alle absolut „gleichgeschaltet“ und demzufolge leicht „beherrschbar“. Theoretisch zumindest.

Leider hat man bei all diesen klugen philosophischen Betrachtungen den politischen Islam als möglichen Störfaktor komplett außen vor gelassen. Und dieser wird seine Chance nutzen, ein nahezu wehrlos gewordenes Land zu „übernehmen“, in dem sich die kleinmütig gewordene Allgemeinheit lieber gegenseitig bekämpft und aufreibt, als ihre wahre Bedrohung von außen zu erkennen. Eher folgt man weiterhin einer offenbar infertilen Kanzlerin und ordnet sich speziell in linken Zirkeln den immer zahlreicher werdenden Muslimen unter, bevor man sich einen „Rassisten“ nennen lässt.

Denn die westlichen „Antirassisten“ in Zeiten der neuen Völkerwanderung sind ausschließlich degenerierte Weiße, die sich „zum Kampf“ den denkbar schwächsten Gegner ausgesucht

haben: ihresgleichen.

Bild von re. oben nach li. unten: Emmanuel Macron (F), Angela Merkel (D), Jean-Claude Juncker, Mark Rutte (NL), Nicola Sturgeon (SCO), Stefan Lofven (S)



Prinzessinnen aus dem Morgenland

☒ „Nun hatte der Großwesir zwei Töchter, die Scheherezade und Dinarzade hießen. Besonders Scheherezade, die ältere, stand seinem Herzen nah, denn sie war nicht nur außerordentlich schön, sondern auch ungewöhnlich klug und redegewandt, weil sie viele Bücher las.“ [So oder so ähnlich](#) mögen die Stereotypen aussehen, wenn man sich Prinzessinnen aus dem Morgenland vorstellt. Doch so sind sie nicht.

In Brüssel wird erst jetzt, nach Jahren, ein Fall verhandelt, in dem acht „Prinzessinnen“ die Hauptrolle spielen. Es handelt sich um die Prinzessin Sheikha Hamda und ihre sieben Töchter aus der Familie Alneyahan, der Familie des Gründungsvaters der Vereinigten Arabischen Emirate. Die Familie erstickt in Geld und Langeweile. Und während sich Sheikh Mansour deshalb 2008 als Steckenpferd den Fußballclub Manchester City zulegte, also kaufte, fanden die feinen Damen Zerstreuung darin, sich in großen europäischen Hotels einzumieten, wie die [Deutsche Welle](#)

berichtet:

Wenn Prinzessin Sheikha Hamda Alnehayan und ihre sieben Töchter nach Brüssel reisten, logierten sie für gewöhnlich im Hotel Conrad. So auch 2008. Mehrere Monate hatten sie eine gesamte Etage der Luxusunterkunft angemietet. Mit dabei: Mindestens 20 Haushaltshilfen, die sich darum kümmern sollten, dass es ihren Herrschaften an nichts fehlt. Und zwar rund um die Uhr, ohne ausreichend Nahrung, ohne Betten, ohne Aufenthaltserlaubnis oder Arbeitserlaubnis.

Die feine Gesellschaft hätte genug Geld, um ihren Bediensteten fürstliche Gehälter zu zahlen, für die Launen und Schikanen, die sie sich von der nutzlosen Herrschaft bieten lassen müssen. Doch zurück gehaltene – niedrige – Löhne machen nur einen Teil der Arbeitsbedingungen aus, unter denen sie von den reichen Arabern gehalten wurden. DW berichtet weiter:

„Die Dienstmädchen wurden nicht bezahlt, haben Tag und Nacht gearbeitet, mussten vor dem Raum der Prinzessinnen auf dem Boden schlafen und wurden ständig beschimpft“, erzählt Patricia Le Cocq von der belgischen Menschenrechtsorganisation „Myria“. Der Verein tritt in dem Prozess als Nebenkläger auf.

Das alles wurde den belgischen Behörden erst klar, als eine der angestellten Frauen aus dem Hotel floh und es der Polizei meldete. Dann nahmen die Dinge ihren Lauf: Die Sicherheitskräfte machen sich ein Bild von der Lage und stellen fest, dass die Bediensteten tatsächlich menschenunwürdig behandelt werden.

Nun könnte man als deutscher Verharmloser und „Araber-Versteher“ anführen, dass das sicher nur ein Einzelfall ist, und dass es sich verbietet, alle Araber aus den Vereinigten Arabischen Emiraten oder in der Welt unter „Generalverdacht“ zu stellen.

Doch kommt hier nun ein Detail ins Spiel, das es lohnend macht, über den Fall zu berichten, der sonst unspektakulär ist. Denn selbst bei einer Verurteilung haben die Prinzessinnen nichts zu befürchten, da sie sich nicht in Brüssel aufhalten und sich durch Anwälte vertreten lassen. Die VAE würden sie selbstverständlich nicht ausliefern.

Das Detail ist eine ihrer Verteidigungsstrategien. Die besagt nämlich, dass solche Arbeitsverhältnisse in ihrer Heimat gang und gäbe sind. Sie berufen sich darauf, dass sie nur das getan hätten, was sie schon immer getan haben und andere in den Emiraten auch, weil das dort so üblich ist. Mithin befanden sie sich – nach deutschem Sprachgebrauch – im berüchtigten „Verbotsirrtum“, indem sie annahmen, ihre schweinishen Einstellungen gegenüber Angestellten gäbe es so auch sonst wo in der Welt, also auch in Belgien. DW fährt fort:

*Wie sie ihre Dienstboten behandeln, ist womöglich in der Heimat erlaubt, verstößt in europäischen Ländern aber gegen nationales Recht. So auch im Falle der acht Prinzessinnen. Wie Patricia Le Cocq von „Myria“ berichtet, rechtfertigten sich die angeklagten Frauen **immer wieder** mit der Aussage, solche Arbeitsbedingungen seien in ihrer Heimat nicht ungewöhnlich.*

Als erstes bleibt also festzuhalten, dass in arabischen Ländern ein mitleidloses, brutales und durch Gewalt bestimmtes Verhältnis zwischen dem Starken und dem Schwachen herrscht und dass das dort normal ist.

Als zweites ist die Frage zu stellen, unter welchen Kultureinflüssen sich so ein ekelhaftes System des menschlichen Miteinanders entwickeln konnte und welchen Stellenwert der Islam dann in solch einem Kontext hatte, wo er doch angeblich so human ist und über Jahrhunderte die dortige Bevölkerung prägte.

Und drittens ist als eine Konsequenz zu ziehen, dass die

Ausrichtung der Fußball-WM im benachbarten Katar 2022 auch unter diesem Aspekt überdacht werden muss. Es ist ja bekannt, dass Franz Beckenbauer, der dort war, Sklavenarbeit gerne dann übersieht, wenn er dafür [Fußball gucken](#) kann.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass es auch dort solche prekären Arbeits-Verhältnisse gibt; es ist dort eben so üblich ist, normal. Und das hat das arabische Pack, das sich selbst „Prinzessinnen“ nennt, uns im jetzt laufenden Prozess durchaus glaubwürdig versichern können.



Friedlicher IB-Protest vor Justizministerium – Lügenpresse schreibt von "Stürmung"

☒ Am Freitagmittag startete die Identitäre Bewegung (IB), unter dem Motto „Alles schon vergessen? Gegen Zensur und Meinungsverbote“, einen friedlichen Protest vor dem Bundesjustizministerium in Berlin, gegen das von ~~Zensur~~Justizminister Heiko Maas vorgelegte „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“. Die IB fordert ein Ende der Zensurbestrebungen und der weiteren Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch die Bundesregierung und gleichzeitig

den Rücktritt des Ministers. Dabei versammelten sich rund 50 Mitglieder der IB vor dem Ministerium mit Bannern. Auf einem wurde das Bundesjustizministerium symbolisch in Zensurministerium umbenannt.

Die Aktion war seitens der Bewegung eine friedliche. Lediglich eine Person, der Versammlungsleiter, wurde wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht (die Demo war nicht angemeldet) festgenommen. Von den anderen wurden die Personalien aufgenommen und Platzverweise erteilt.



Die Lügenpresse schreibt von „Sturm auf Bundesjustizministerium“ ([Focus](#)), ähnlich titelt auch die [WeLT](#). Beide schreiben von „Rechtsradikalen“ und dramatisieren in gewohnter Lügenpresse-Manier. Die WeLT schreibt dramaturgisch völlig überzogen:

Freitag, 12.30 Uhr. Berlin ist auf dem Weg ins Wochenende, als vor dem Bundesjustizministerium das Chaos ausbricht. Ein Transporter rast durch die Mohrenstraße. Ein Polizist rettet sich per Sprung zur Seite. Plötzlich sind überall Menschen, schwenken Fahnen, entzünden Bengalos. Brüllen lautstark: „Maas muss weg!“ Und: „Festung Europa, macht die Grenzen dicht!“

Sie zerren eine zehn Meter lange Leiter aus dem Transporter. Lehnen sie an das säulengestützte Vordach des Ministeriums, wollen hoch und hinein. Polizeisirenen dröhnen. Am Ende gibt es 50 Platzverweise und eine Festnahme. Die Drahtzieher: Mitglieder der Identitären Bewegung.

Ein Ministeriumsangestellter informierte die WELT aufgeregt über das Geschehen: Das Ministerium sei „abgeriegelt“ worden.

Die Aktivisten der IB waren weder wie Linke verummmt, jeder zeigte Gesicht, sie waren auch nicht gewalttätig oder griffen,

wie man das von der Antifa und anderen linken Krawalljunkies gewöhnt ist, die Polizei an. Auch von einer „Stürmung“ des Ministeriums kann keine Rede sein.



Die IB schreibt in ihrer Pressemitteilung:

In den Mittagsstunden des 19.05.2017 protestierten identitäre Aktivisten vor dem Bundesjustizministerium unter dem Motto „Alles schon vergessen? Gegen Zensur und Meinungsverbote“. Dabei wurde das Bundesjustizministerium symbolisch mit Bannern in „Zensurministerium“ umbenannt.

Die Aktivisten setzten damit ein starkes Protestsignal gegen die geplante Einschränkung der Meinungsfreiheit. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz dient lediglich als trojanisches Pferd für eine massive Meinungseinschränkung von nonkonformen Inhalten, innerhalb der sozialen Netzwerke. Die Kontrolle über die sozialen Medien obliegt somit nicht mehr juristischen Standards, sondern wird der Willkür eines linken Denunziantentums ausgesetzt. Die Identitären fordern ein Ende der sanften Meinungsdiktatur. Die Qualität von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zeigt sich auch immer darin inwieweit eine Regierung nonkonforme Meinungen dulden kann.

Verlautbarte Falschmeldungen einer „Stürmung“ sind unwahr und werden durch die IBD juristisch geahndet

Hier ein Video der Aktion (bei min. 25 bringt Heiko Maas den treuen linken Straßentruppen Wasser):



Nicolaus Fest zu Özoguz und anderen Misereen

„Nach vier Wochen Pause ist es jetzt wieder Zeit für unseren Wochenrückblick. Was war? Wahl in Nordrhein-Westfalen. Ganz offen: Das Ergebnis mag für die AfD ein „solides Fundament“ sein, mehr aber auch nicht. In einem Bundesland, das für alles steht, wovor die AfD immer warnte, nämlich: Verlust der Inneren Sicherheit, kriminelle Zuwanderung, Parallelgesellschaften und migrationsbedingte Verelendung, erreichen wir 7,4%. Das ist eindeutig zu wenig. Über die Gründe kann man spekulieren, für mich sind sie eindeutig. (Weiter im Video von Dr. Nicolaus Fest)

Für Afrikaner arbeiten, die hier Urlaub machen

Wenn man jetzt einen Keraschwenk auf das chinesische Engagement in Afrika macht, offenbart sich das europäische Dilemma in aller Deutlichkeit. Die Chinesen investieren, kaufen Land und Rohstoffe, beschäftigen die Einheimischen zu niedrigen Löhnen, treiben also eine Art Kolonialkapitalismus zum eigenen Nutzen, bei dem für die Einheimischen einiges

abfällt. Die (West-)Europäer haben zuerst jahrzehntelang mit ihrer Entwicklungshilfe vor allem afrikanischen Diktatoren deren Schweizer Bankkonten gefüllt, jetzt importieren sie im großen Stil und unter Beteiligung z.B. der Bundeswehr als staatliche Schlepperorganisation sogenannte Flüchtlinge aus Afrika und dem Orient, für deren Versorgung die einheimische Bevölkerung aufkommen muss.

Statt auf dem schwarzen Kontinent zu investieren und Afrikanern dort, wo sie leben und in einem gewissen Sinne auch hingehören, Jobs zu verschaffen, holen europäische Regierungen mit *shengmu* an der Spitze afrikanische Analphabeten nach Europa, damit die Europäer für sie arbeiten. Praktisch findet ein umgekehrter Kolonialismus statt, die Europäer penetrieren nicht mehr, sondern lassen sich penetrieren, was sich hierzulande am besten mit dem Personalwechsel von Bismarck, Moltke oder Hindenburg zu Mutti, Flinten-Uschi und Volker Beck verdeutlichen lässt... *(Umgekehrter Kolonialismus – eine geniale Zuspitzung [von Michael Klonovsky](#), die die Situation treffend beschreibt. Was für ein Trottel ist dagegen Entwicklungshilfe-Minister Müller, CSU!)*



Die Schande von Deutschland

Frau Bundesministerin von der Leyen, ich schreibe Ihnen diesen offenen Brief im ehrenden Gedenken an meinen 1997 verstorbenen Vater, den selbständigen Frankfurter Bäcker- und

Konditormeister Heinrich Hübner, ehemals Obergefreiter in der Artillerie der Wehrmacht.

(Ein notwendiger Brief von Wolfgang Hübner, Frankfurt a. M., an Ursula von der Leyen)

Mein Vater, Jahrgang 1910, war von 1939 bis 1945 Soldat der deutschen Wehrmacht. In dieser Zeit zuerst im besetzten Frankreich stationiert, war er auf Befehl beteiligt an der Invasion der damaligen Sowjetunion. Er überlebte als einer der wenigen Soldaten seiner Einheit sowohl die Kämpfe als auch den Rückzug. Nach relativ kurzer amerikanischer Gefangenschaft kehrte er im Frühherbst 1945 zurück zu meiner Mutter in Frankfurt, wo er mich noch im gleichen Jahr zeugte.

Mein Vater musste sechs Jahre seines Lebens für einen Krieg opfern, von dessen Notwendigkeit er nie überzeugt war. Damit war er einer von Millionen deutschen Männern, die viel lieber diese Jahre im Privat- und Berufsleben ohne tägliche Todesgefahr und ohne all die traumatischen Erlebnisse verbracht hätten. Mein Vater war im Krieg kein Held und kein Feigling, er war auch kein Deserteur oder Überläufer. Er wollte keine Menschen töten, und er wollte nicht selbst getötet werden. Mein Vater wollte, wie Millionen Soldaten der Wehrmacht auch, diesen schrecklichen Krieg einfach nur überleben.

Dazu musste er oft stark und tapfer sein, denn zum Überleben gehört neben Glück auch Tapferkeit. Ich bin ihm unendlich dankbar dafür, denn sonst gäbe es mich nicht. Und dann könnte ich Ihnen, Frau von der Leyen, diesen Brief nicht schreiben. Sie haben als Bundesverteidigungsministerin gesagt, die heutige Bundeswehr habe nichts mit der Wehrmacht zu tun. Sie haben deshalb nun eine widerwärtige Gesinnungsschnüffelaktion in Gang gesetzt, um jedes Indiz einer Traditionslinie zwischen Wehrmacht und Bundeswehr zu denunzieren und zu unterbinden. Sie haben sich nicht gescheut, die gesamte Bundeswehr unter den Generalverdacht einer „politischen Unkorrektheit“, also

einer zeitgeistigen Perversion, zu stellen. Diese abstoßende Kampagne haben Sie aus niederen Motiven angeordnet, nämlich damit Sie sich selbst politisch gleichzeitig retten und profilieren können.

Selbstverständlich dürfen in der Bundeswehr keine offen neonazistischen oder gar terroristischen Umtriebe geduldet werden. In solchen Fällen ist mit aller gebotenen Klarheit und den zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu reagieren. Das kann und wird kein wirklicher Patriot unseres Landes kritisieren. Doch aus einem bislang weitgehend ungeklärten, von ziemlich verstörenden Merkwürdigkeiten geprägten Fall die Berechtigung zu einer „Säuberung“ im Erdoganischen Ungeist herzuleiten – das ist mehr als nur ein politischer Fehler oder ein selbstherrlicher Fehltritt von Ihnen, Frau von der Leyen – das ist eine Schande für Deutschland!

Und die Verantwortung für diese Schande wird für Sie als zuständige Bundesministerin keinen Deut geringer wegen der erbärmlichen Feigheit der Generalität der Bundeswehr, die offenbar erst nach erfolgter Pensionierung zu vollen Bezügen dereinst ein viel zu spätes kritisches Wort zu Ihrem Vorgehen wagen wird. Eine Bundeswehr unter einer solchen politischen und militärischen Führung kann nur tiefes Misstrauen erwecken. Denn wer mag sich schon von einer solchen Truppe im Notfall die tapfere Verteidigung unseres Landes erhoffen?

Ich gehöre seit vielen Jahren zu den Besuchern der alljährlichen Gedenkfeiern am Volkstrauertag in der Paulskirche. Und wenn immer es möglich ist, bin ich auch beim alljährlichen Gedenken an den gescheiterten Aufstand des 20. Juli 1944 am gleichen Ort anwesend. Zudem unterstütze ich schon lange mit Spenden den Volksbund Kriegsgräberfürsorge. Dieser macht bei seiner stillen, doch ungeheuer verdienstvollen Arbeit übrigens keinen Unterschied zwischen toten Wehrmachtssoldaten, die entweder Nazi-Sympathien oder – in der Mehrzahl, wie ich von meinem Vater weiß, keine hatten. Der Volksbund versucht vielmehr, jedem Gefallenen ein letztes

Stück Würde zurückzugeben.

Ich ehre als Nachgeborener des Jahrgangs 1946 und nichtpazifistischer Wehrdienstverweigerer von 1968 bewusst und aus tiefster Überzeugung all die gefallenen, vermissten, in Gefangenschaft gestorbenen, von körperlichen und/oder psychischen Verletzungen gezeichneten deutschen Soldaten der Wehrmacht, der Luftwaffe und der Marine im zweiten Weltkrieg sowie auch unsere Kriegsoffer des ersten Weltkriegs. Unter ihnen sind auch der in Verdun gefallene Vater und der mit einem Kriegsschiff am letzten Tag des Jahres 1942 im Nordmeer versunkene 19jährige Stiefbruder meiner Mutter.

Es waren Abermillionen junge Männer unseres Volkes, die nicht mein und Ihr Glück hatten, in Zeiten des Friedens ihr gesamtes bisheriges Leben verbringen zu dürfen. Ich habe Respekt vor dem Schicksal der früher geborenen Generationen, die so große Opfer bringen mussten. Andere Staaten feiern ihre Opfer und Teilnehmer an den zwei Weltkriegen als Helden. Ich weiß nicht, ob die britischen und amerikanischen Bomberpiloten, die auch meine Heimatstadt Frankfurt weitgehend zerstörten, Helden waren oder sein wollten. Doch ich werfe ihnen ihr Tun nicht vor, denn es war ihre soldatische Pflicht, die sie unter Lebensgefahr und unter Inkaufnahme von nicht wenigen Opfern erfüllten.

Ich bin gerade deshalb nicht bereit, den Angehörigen der Wehrmacht vorzuwerfen, im Kampfeinsatz an vielen Fronten tapfer und erfolgreich gewesen zu sein. Es gibt hochkarätige Stimmen unter Politikern und Militärs der ehemaligen alliierten Kriegsgegner, ja selbst aus Israel, die den Leistungen der Wehrmacht höchste Achtung, ja Bewunderung zollen. Das kann und will ich weder kommentieren noch kritisieren. Auf jeden Fall aber ist die Wehrmacht keine verbrecherische Armee, sind also Millionen deutsche Soldaten wie mein Vater und der Onkel, den ich nie kennen lernen durfte, keine Verbrecher gewesen. Es war nicht ihrer Verantwortung geschuldet, dass die damalige politische Führung

aus rassistischen Massenmördern bestand, die unser Volk in seine größte Katastrophe trieben und unter anderen Völkern so ungeheuer viel Leid verursachten.

Mein Vater, einer von Millionen unbekanntem Helden des Wiederaufbaus nach 1945, hat mir schon als Kind gesagt, dass es besser für die Welt und auch für unsere Volk war, diesen Krieg verloren statt gewonnen zu haben. Im Laufe meiner nun schon vielen Lebensjahre habe ich immer klarer erkannt, welche Klugheit und Größe in dieser schmerzlichen Einsicht eines einfachen Mannes und naziresistenten Kriegsteilnehmers zum Ausdruck kam.

Gerade mit dieser Einsicht hat mir mein Vater eine stabile Brücke zum Verständnis dieses leidvollsten Kapitels unserer Geschichte nach dem Dreißigjährigen Krieg gebaut. Und genau deshalb weiß und akzeptiere ich, dass die Geschichte der Wehrmacht, ihre Tragik wie ihre Verstrickung, untrennbar und unauslöschlich zur Geschichte unseres Volkes und zu meiner Biographie gehört, weil sie ein prägender Abschnitt im Leben meines Vaters war, den er weder verklärte, aber den er auch nie unterschlug. Charles de Gaulle soll einmal gesagt haben, man erkenne den Charakter eines Volkes daran, wie es mit einem verlorenen Krieg und den Opfern eines solchen Krieges umgehe.

Nach meinem Gefühl schneiden die Deutschen bei diesem Charaktertest immer schlechter ab – am allerschlechtesten aber nun Sie, Frau von der Leyen. Denn Sie verkörpern mit Ihrem widerwärtigen Verhalten gegenüber der Bundeswehr eine Geschichtsvergessenheit und Geschichtsverleugnung, die mit Sicherheit der Bereitschaft der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zur Landesverteidigung und auch zu Auslandseinsätzen nicht förderlich sein kann. Und wollen Sie und Ihre Sie unterstützende Kanzlerin wirklich eine unter neonazistischen Generalverdacht gestellte Bundeswehr an die russischen Grenzen senden?


Alle Mitglieder der Bundeswehr müssen das Recht zu einer

positiven Identität haben. Dazu gehört das Recht auf eine aufgeklärte Traditionspflege, also auch das Bekenntnis zum besten Erbe deutschen Soldatentums in den Jahrhunderten deutscher Geschichte. Zu diesem Erbe zählen auch die außergewöhnlichen militärischen Taten und besonders dekorierten Soldaten des zweiten Weltkriegs. Sie, Frau von der Leyen, gehen nun mit diesem Erbe in verachtenswerter Weise um.

Ich mag mich nicht für Sie schämen, das werden Sie vielleicht irgendwann selbst tun. Aber ich sage ihnen voraus: Wenn sich das deutsche Volk nicht auflösen sollte oder abgeschafft wird, dann wird Ihnen die Verachtung späterer Generationen so gewiss sein wie Ihnen schon jetzt die Verachtung vieler Angehöriger der Bundeswehr und vieler Bürger unseres Landes gewiss ist. Frau Bundesministerin, Sie sind die Schande der Nation!



Beuel: Unterkunft für nicht kommende Flüchtlinge

 „Es kommen kaum noch Flüchtlinge“, verbreiten die Lügenmedien allüberall beruhigend, alles wird gut, wir schaffen auch das, was wir nicht schaffen. Dennoch sagte die Kanzlerin der Flüchtlingsherzen angesichts bevorstehender Wahlen mit herabhängenden Mundwinkeln säuerlich: „So was wie 2016 darf sich nicht wiederholen“. In Beuel bei Bonn hatte man (wie in vielen anderen Pleite-Städten auch) großen Mist gebaut: An der Siegburger Straße ging seinerzeit das [Projekt eines Wohn- und Technologieparks](#) in die Hose und wurde letztlich unter „unrentierlich“ verbucht. Was also tun? Sie erraten es, liebe Leser: ein rentierliches Containerdorf für nicht kommende „Flüchtlinge“ muss her!

(Von Verena B., Bonn)

So wird das Dorf für 240 Schatzsuchende seit einigen Tagen auf einer ca. 5.000 Quadratmeter großen Grünfläche des ehemaligen Parks aufgebaut. Nach Auskunft von Annette Boemer, Mitarbeiterin des Städtischen Gebäudemanagements (SGB) und Managerin für Herausforderungen im erfolgreichen Merkel-Flüchtlings-Team, sollte die neue Heimat für die Schatzsuchenden früher fertig sein, aber die beauftragte Firma hatte Lieferschwierigkeiten. Um die Wirtschaft unseres demokratischen Freundes Erdogan zu unterstützen, wurden die Container daher in der Türkei gefertigt und wahrscheinlich zu einem Sonderpreis gekauft. Das Dorf liegt gegenüber der „Integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel“. Was eine integrierte Schule ist, weiß ich nicht.

Über die Belegung entscheidet das Sozialamt. Es sollen dort Alleinstehende und Familien unterschiedlicher Herkunft gemischt werden, damit es schön bunt wird und es möglichst viel Austausch zum Kennenlernen der verschiedenen Kulturen (Messerstechereien, Hammerbetätigung, sexuelle Belästigungen, Partys feiern, Feuerchen machen, Security und Polizei klatschen, Essen klauen beziehungsweise wegschmeißen usw.) untereinander und im Ort gibt, wo die Ungläubigen wohnen, die laut Pöbel-Ralle Stegner keine eigene Kultur haben. Auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, gleichfalls Scharia-Partei Deutschlands, hat die [Existenz einer deutschen Kultur bestritten](#). Eine Kultur besitzen nur Menschen aus islamischen Ländern, und das ist die richtige Kultur, die wir gefälligst übernehmen sollen.

Die Kosten für das neue Dorf bezifferte die Stadt auf rund vier Millionen Euro. Die zahlen aber nicht die Eingeborenen, sondern der Staat! Die Stadt Bonn ist Ende 2016 von 20 Millionen Euro Kosten für alle Container-Einrichtungen ausgegangen. Am 11. Mai wurde entschieden, ob die Einrichtung in Pützchen an der Straße „Am Herz-Jesu-Kloster“ entfallen kann. Dadurch würden 1,6 Mio. Euro gespart. Ab Sommer stehen

vier Standorte zur Verfügung: Rheinweg, Reuterpark und Otto-Hahne-Straße. Mit Stand vom 10. April 2017 bietet [die Verwaltung 2.614 „Flüchtlingen“](#) ein Dach über dem Kopf.



Eiskalter Engel mit Sinn fürs perfekte Timing

Immer wenn man gerade hofft, dass Frauke Petry vielleicht doch noch begriffen hat, dass die AfD nicht das Spielzeug der Familie Pretzell-Petry ist, kommt der nächste Hammer. [Offenbar in der gleichen Nacht](#), in der Petry ihr fünftes Kind Ferdinand zur Welt gebracht hat, stellte die „dämonenhaft Schöne“ den lange befürchteten Antrag auf Ausschluss des sächsischen Listenzweiten zur Bundestagswahl, den Dresdner Landrichter Jens Maier (Foto l.).

Das Vergehen des „kleinen Höckes“ aus Dresden: Zusätzlich zum „Sakrileg“ als Vorredner von Björn Höcke aufgetreten zu sein, soll sich Maier bei einer Compact-Veranstaltung missverständlich zum psychisch gestörten Massenmörder Anders Behring Breivik geäußert haben, was von seinen parteiinternen und externen Gegnern via Lügenpresse prompt zu „Verständnis für Breivik“ umgedeutet wurde.

Die wahren Gründe für Petrys Vorstoß dürften allerdings ganz woanders liegen: Richter Maier steht nach wie vor zum

patriotischen Flügel in der AfD und ausdrücklich auch zum „Gottseibeius“ Björn Höcke. Und das ausgerechnet als Listenzweiter in Petrys eigenem Landesverband! Ein deutlicheres Menetekel ihres Autoritätsverlustes nach dem Kölner Parteitag könnte es wohl nicht geben. Noch dazu wo ein sächsischer Landesparteitag Maier vor kurzem noch einmal ausdrücklich bestätigt und ein mögliches Ausschlussverfahren gegen ihn abgelehnt hat.

Das wollte Petry jetzt nicht mehr länger auf sich sitzen lassen. Zeitgleich zur lancierten Mitteilung der Geburt ihres fünften Kindes führte sie wenig mütterlich einen tiefen Haken gegen Maier. „Eiskalter Engel“ beschreibt dieses Verhalten wohl ganz gut. Ob das Timing auf Rat ihres Ehemannes Marcus Pretzell erfolgte, muss dagegen Spekulation bleiben.

Gutes Timing könnte für den Vorstoß von Petry/Pretzell auch deshalb gegeben sein, weil das angerufene Bundesschiedsgericht auf dem Kölner Parteitag durch einige ihnen eher gewogene Richter ergänzt wurde. Pikanterweise umging Petry dafür sogar satzungswidrig das eigentlich zuständige sächsische Schiedsgericht. Mit der offiziellen Begründung der Befangenheit, weil Maier dort selbst Mitglied ist. Eine mögliche Befangenheit von Richtern oder ganzen Kammern muss jedoch immer erst von den zuständigen Gerichten selbst beurteilt werden, wie jeder aus eigener Anschauung weiß, der schon mal vor Gericht im Clinch mit einem Richter lag.

Was bedeutet das alles politisch? Der mühsam gehaltene Burgfrieden nach Köln ist von Petry wieder aufgekündigt worden. Schon zuvor hatten die ständigen „realpolitischen Sticheleien“ seitens Petry und Pretzell trotz der eindeutigen Mehrheitsentscheidung auf dem Kölner Parteitag an der Einsichtsfähigkeit von „Doppel-P“ erhebliche Zweifel aufkommen lassen. Diese Zweifel können nun wohl als ausgeräumt betrachtet werden.



Moslems planen Freitagsgebet auf Marienplatz – Update: Veranstaltung inzwischen abgesagt

☒ Heute um 13 Uhr soll auf dem Münchner Marienplatz ein Freitagsgebet von ca. 200 Mohammedanern stattfinden. Hintergrund ist die Schließung einer Moschee in der Münchner Innenstadt aus Brandschutzgründen, weil Mohammedaner schlicht und einfach zu blöd nicht willens sind, sich an irgendwelche Gesetze der „Ungläubigen“ zu halten, in deren Ländern sie sich eingeladen haben.

UPDATE 9.15 Uhr: Wie die [Münchner tz](#) berichtet, haben die Mohammedaner ihre Machtdemonstration inzwischen „aus Sicherheitsgründen“ abgesagt.

Die [Süddeutsche](#) berichtet:

Für diesen Freitag hat deshalb Massi Popal zu einer einstündigen Kundgebung auf dem Marienplatz aufgerufen. Dort will er von 13 Uhr an auf die Raumnot der Muslime aufmerksam machen. Danach will er mit allen Teilnehmern unter freiem Himmel das Freitagsgebet verrichten. Angekündigt hat er 200 Teilnehmer. Hinter ihm stehe kein Moscheeverein und kein

islamischer Verband, sagt der 28-Jährige. Er engagiere sich als Privatperson. Und er habe schlicht einen Nerv getroffen.

Massi Popal erzählt, er sei in München geboren und aufgewachsen. Er liebe seine Stadt und wolle nirgendwo sonst daheim sein. Doch als er gesehen habe, wie eine Moschee nach der anderen verschwand, habe ihn das verletzt. Die Muslime bräuchten einen zentralen Ort, findet er. „Es geht mir auch um das Gefühl, zugehörig zu sein in meiner Heimatstadt.“

Servus Herr Popal, Sie Urmüncher und Urbayer, genau wegen Migranten wie Ihnen ist München und die bayrische Kultur weltweit berühmt und beliebt.. Sie und Ihre im Deckmantel einer Religion daherkommende totalitäre Ideologie gehören zu einem bayrischen bzw. deutschen München wie die Reeperbahn nach Mekka ([Pirincci](#)). Der Islam hat mit der weltberühmten bayrischen Kultur nichts, aber auch rein gar nichts zu tun, außer dass er sich auch dank Leuten wie Ihnen hier immer mehr breit macht und die indigene Bevölkerung, deren Kultur und Lebensweise, immer mehr zerstört. Bedanken Sie sich bei Ihren Eltern, die aus Ihrem islamischen Versagerland entweder aus Feigheit oder aus Gier auf Sozialhilfe zu uns gekommen sind. Wenn Ihnen Ihre Geburtsstadt zu unislamisch ist, gibt es wie für jeden anderen Mohammedaner die einfache Möglichkeit, in eines der 57 teils steinreichen islamischen Länder aus- oder besser gesagt zurück zu emigrieren, wo Ihr Volk seit Jahrhunderten lebt. Schon komisch, dass es auch aktuell mohammedanische „Flüchtlinge“ um die halbe Welt wie magisch in die Länder der „Ungläubigen“ zieht.

Die armen Mohammedaner verlieren doch tatsächlich eine Moschee in der Münchner Innenstadt, während die [ethnische Minderheit der \(West\)-Europäer](#) durch die Masseneinwanderung von Dritte-Welt-„Fachkräften“ ihre seit Jahrhunderten angestammte Heimat verliert. Für Frauen ist jede Innenstadt Westeuropas schon jetzt verloren, weil man jederzeit mit mehr oder minder heftigen „Kontaktaufnahmeversuchen“ von feurigen umher

streunenden Jung- oder auch Altmännergruppen aus dem Orient oder Afrika rechnen muss.



Schleswig-Holstein als Invasorenparadies?

☒ Eigentlich hat ja die schleswig-holsteinische Landesregierung mit Torsten Albig und „Pöbel-Ralle“ alias Ralf Stegner bei der Landtagswahl eine böse „Klatsche“ erhalten. Aber das haben wohl die tragenden Säulen des rot-grünen Systems im Norden noch nicht allesamt begriffen. Einer, der es nicht verstanden haben dürfte ist der „Zuwanderungsbeauftragte“ des Landes, ein gewisser Stefan Schmidt (Foto). Der hat nämlich, laut [Pressemitteilung des Landtags](#), an die künftige Landesregierung appelliert, Ausländern und Flüchtlingen mehr Rechte zu geben und sich dafür auch auf Bundesebene einzusetzen.

(Von Chevrolet)

Als Beispiel nannte er in Kiel den Familiennachzug, der großzügiger gestaltet werden müsse. Notwendig sei eine Bundesratsinitiative, die den Familiennachzug auf bis zu 21-jährige unverheiratete Kinder ausdehne. Schmidt verwies darauf, dass für syrische Verwandte bereits ein schleswig-holsteinischer Landeserlass einen erweiterten Familiennachzug regle. „Das muss auch auf andere Herkunftsländer ausgeweitet werden“, verlangte.

Ein Problem sei auch der notwendige Erwerb einfacher Sprachkenntnisse, monierte Schmidt. „Für viele Ehegatten, die zu ihren Partnern nach Deutschland einreisen wollen, ist

es schwierig, sich vorab schon die erforderlichen Sprachkenntnisse anzueignen.“ Dafür gebe es mehrere Gründe – Sprachschulen seien oft nicht erreichbar, die finanzielle Belastung zu groß oder es sei schlicht nicht möglich, die Sprache im Herkunftsland anzuwenden und zu üben. „Die damit einhergehenden Erschwernisse sind umso ärgerlicher, da nach der Einreise nicht nur auf ein breites Angebot an Sprachkursen in Schleswig-Holstein zurückgegriffen werden kann, sondern auch eine gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme besteht“, kritisierte der Zuwanderungsbeauftragte. Er fordere deswegen eine Bundratsinitiative für die Abschaffung des Spracherfordernisses beim Ehegattennachzug.

Weiteren Handlungsbedarf sehe er bei Situationen, in denen nähere oder entferntere ausländische Verwandte ihre in Deutschland lebenden Familien unterstützen wollten, so der Beauftragte. „Das ist für einen längeren Zeitraum als drei Monate zwar rechtlich möglich, wird aber offenbar in etlichen Fällen nicht zugelassen. Solchen familiären Situationen müssen wir gerecht werden.“ Nach seinen Erfahrungen gebe es unterschiedliche Gründe dafür, dass Ausländer für Deutschland ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht wünschten und anstrebten, berichtete Schmidt. „Das können eine Ehescheidung, ein Todesfall in der Familie, eine vorübergehende Erkrankung oder die zeitweise Pflege und Betreuung von Angehörigen sein.“

Der Zuwanderungsbeauftragte regte auch an, das Jahr 2017 zum Jahr der Familie auszurufen. „So könnte die Landesregierung innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Regierungsperiode so viel wie möglich im Sinne des Schutzes und der Förderung der Familien von Migranten umsetzen.“

Mit seiner abstrusen Forderung, die Altersgrenze für „Kinder“ auf 21 Jahre hinaufzusetzen, würden alle Dämme brechen. Noch größere Massen von islamischen Landnehmern würden nach

Deutschland eindringen. Denn gerade die jungen kräftigen Männer, wohlgenährt und gestylt auch in Syrien, könnten sich ja einmal daran zu machen, die Teile Syriens wiederaufzubauen, die durch Kampfhandlungen in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Der „Zuwanderungsbeauftragte“ Stefan Schmidt ist kein unbeschriebenes Blatt. Der inzwischen [76-Jährige Kapitän](#) wurde schon vor Jahren im Zusammenhang mit der „Rettung“ von 37 Personen mit dem Schiff „Cap Anamur“ wegen Schmuggels von illegalen „Zuwanderern“ angeklagt. Er fand in Schleswig-Holsteins Regierungsapparat Unterschlupf. 2004 zeigten der damalige Innenminister Otto Schily (SPD) und sein italienischer Amtskollege Pisanu klare Kante gegenüber der Geschäftemacherei von Helfern für die illegale Einwanderung über See: Sie begrüßten die Maßnahmen gegen Schmidt, um einen „gefährlichen Präzedenzfall“ zu verhindern.

Der schleswig-holsteinische Zuwanderungsbeauftragte Stefan Schmidt und die Cap Anamur:



**Nicolaus Fest über Özoguz,
von der Leyen, de Maizière**

und Maas